

Standpunkt • 5. September 2023, 19:10 Uhr

Geoökonomische Machtspiele unter Wasser

Von Ferdinand Gehringer



Ferdinand Gehringer ist Experte für Cybersicherheit bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die USA und China kämpfen um die Kontrolle der Unterseekabel, die die Pazifikanrainer datentechnisch miteinander verbinden.

Zum Schutz der nationalen Sicherheit sollen US-Investitionen unter anderem in Quantentechnologie, Künstliche Intelligenz und Halbleiter in China einer vorherigen Prüfung unterzogen werden. Die US-Regierung möchte so den Transfer von technologischem Wissen aus den USA nach China verringern und schlägt damit ein weiteres Kapitel im wirtschaftlichen Wettbewerb der Großmächte auf. Auch bei der Kabelinfrastruktur unter Wasser finden sich beide längst in einem geoökonomischen Machtgezerre wieder.

Jahrzehntelang betrieben Konsortien staatlicher Telekommunikationsanbieter die Unterseekabelinfrastruktur. Zunehmend höhere Kosten, ein größeres Geschäft sowie der gestiegene Datenbedarf von Tech-Unternehmen haben dazu geführt, dass Big-Tech-Unternehmen, wie Alphabet, Apple, Meta und Microsoft nun selbst massiv in die Kabelinfrastruktur investieren und die Telekommunikationsanbieter verdrängen. Zwischen 2016 und 2022 haben sie zusammen rund zwei Milliarden US-Dollar (etwa 15

Prozent der weltweiten Infrastrukturinvestitionen) investiert. Bis 2025 sollen weitere 3,9 Milliarden US-Dollar folgen.

Auch der chinesische Konzern HMN Tech, der 2019 die Unterseekabelsparte von Huawei übernommen hat, drängt verstärkt auf den Markt und versucht, sich mit preiswerten Produkten als Hersteller zu etablieren. Bislang haben die USA und US-Konzerne wie der amerikanische Kabelhersteller Subcom dafür gesorgt, dass HMN Tech noch nicht zu den großen Akteuren auf dem globalen Seekabelmarkt gehört.

So hält der chinesische Ausrüster nur zehn Prozent aller bestehenden und geplanten weltweiten Kabel. Der französische Kabelhersteller ASN hingegen hat 41 Prozent und das US-Unternehmen Subcom 21 Prozent der Kabel geliefert.

USA und China blockieren sich gegenseitig

Um die chinesische Konkurrenz in Schach zu halten, setzen die USA auf verschärfte wirtschaftliche Druckmittel, so auch beim Unterseekabelprojekt Sea-Me-We 6. Das Kabel soll von Singapur durch den Indischen Ozean, den Suezkanal und das Mittelmeer bis nach Marseille reichen. Es soll zu den schnellsten Kabeln seiner Art gehören und wird Asien und Europa verbinden.

Bei der Ausschreibung des Projekts erhielt zunächst HMN Tech mit dem niedrigsten Angebot den Zuschlag. Das Angebot war nicht zuletzt begünstigt durch staatliche Subventionen um ein Drittel niedriger als das vom US-Unternehmen Subcom. Die US-Regierung stoppte das Bauvorhaben zunächst aufgrund von Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit, da HMN nach Angaben der USA auch Aufträge für das chinesische Militär ausführt.

Nach erneuter Ausschreibung des Projekts erhielt das US-Unternehmen Subcom den Zuschlag. Das US-Angebot wurde dieses Mal durch Kredite der US-Export-Import-Bank unterstützt und belief sich auf 600 Millionen US-Dollar. Da das Angebot von HMN Tech jedoch abermals unter dem Angebot von Subcom lag, setzte die US-Regierung HMN Tech kurzerhand auf die Sanktionsliste, um eine Beteiligung auszuschließen.

In den vergangenen vier Jahren hat die US-Regierung mindestens sechs Bauprojekte dieser Art mit dem chinesischen Ausrüster HMN Tech verhindert. So wurden beispielsweise auch geplante Kabelverbindungen zwischen den USA und Hongkong blockiert, da die US-Regierung befürchtete, die Kontrolle über übertragene Daten an China zu verlieren.

Kabel von Facebook und Google umgeht China

Ähnliches verdeutlicht das Apricot-Kabel von Meta und Alphabet. Es umgeht Hongkong und soll Japan, Taiwan, Guam, die Philippinen, Indonesien und Singapur sowie ursprünglich auch Malaysia miteinander verbinden. Die Verbindung Malaysias scheiterte an einem Kabotageverbot für ausländische Schiffe in der autonomen Region Sabah in Ostmalaysia im Jahr 2020, das die lokale Schifffahrt schützen sollte. Bei Kabotage handelt sich um die Be- und Entladung von Fracht durch Transportfirmen, die in dem jeweiligen Land nicht beheimatet sind.

Die US-Investoren forderten von der Regierung Malaysias die Aufhebung des Verbotes, da hierdurch der Bau des Apricot-Kabels erschwert würde. Als Kuala Lumpur ablehnte, wurde Malaysia vom Apricot-Projekt ausgeschlossen, und nicht nur das, auch die Anbindung an den weiteren Kabelprojekten der US-Tech-Unternehmen Echo und Bifrost wurde versagt. Daraufhin schloss sich Malaysia im vergangenen Jahr dem von China unterstützten System Southeast Asia-Hainan-Hong Kong Express Cable (SEA-H2X) an. Das 5.000 Kilometer lange Kabel soll Hongkong, China, die Philippinen und Thailand mit Ostmalaysia und Singapur verbinden.

Die USA und China sind sich beide bewusst, dass, wer die Kabelinfrastruktur in der Region kontrolliert, nicht nur die Datenübertragung, sondern auch Einfluss auf die boomende Wirtschaft ausüben wird. Die Internetwirtschaft wird in Südostasien schätzungsweise bis 2030 ein Volumen von einer Billion US-Dollar erreichen. Beide Staaten bekommen dadurch im Handelskrieg neue Druckmittel in die Hand.

***Ferdinand Gehringer** ist Referent für Innere- und Cybersicherheit bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.*